



Wenige Tage vor der Einbringung der Planfeststellung haben in Wiesbaden tausende Menschen gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens und für ein Nachtflugverbot demonstriert.

Alle Befürchtungen sind mit der Planfeststellung bestätigt worden. Koch und seine Regierung haben die Bürgerinnen und Bürger mit dem Nachtflugverbot betrogen. Berücksichtigt hat er die Interessen der Airlines, der Banken und Konzerne des Rhein-Main-Gebietes.

Koch hat immer wieder verkündet: „Kein Nachtflugverbot ohne Ausbau - kein Ausbau ohne Nachtflugverbot!“ und den betroffenen Bürgern erzählt, sie müssten den Ausbau hinnehmen, umsonst gäbe es die nächtliche Ruhe nicht. Nun soll der Ausbau kommen, ohne Nachtflugverbot und mit größeren Waldverlusten als bei der Startbahn 18 West. Die Landesregierung will jetzt in der sogenannten Mediationsnacht 17 Flüge genehmigen. Das heißt: alle 21 Minuten werden wir geweckt. In der eigentlichen Nacht, zwischen 22 und 6 Uhr können 150 Flüge stattfinden. Was noch drinnen steckt: Bald sollen 700.000 statt wie jetzt 489.000 Flüge stattfinden. Trotzdem sagt Koch, es würde leiser. Wer so etwas sagt, ist entweder einfältig oder ein bewußter Lügner.

Jeder sollte wissen: CDU, FDP und SPD wollen in Wiesbaden den weiteren Ausbau. Der Protest wird also zu Recht weitergehen. Vor Gericht, auf der Straße und im bedrohten Waldgebiet. Auch bei der Landtagswahl kann man protestieren in dem man „Die Linke“ wählt.

Wer am Gesamtprogramm interessiert ist kann es erhalten bei:

Marianne Flörsheimer
Uranstraße 7
65428 Rüsselsheim
Telefon 06142/68499

Im Internet kann es heruntergeladen werden :

www.die-linke-hessen.de

Wenn Sie uns unterstützen wollen, melden Sie sich bitte.

Informationsveranstaltungen:

Hartz 4 , Mindestlohn und Alternativen der Wirtschaftspolitik

Raunheim, Gaststätte Birkeneck
18. Januar 2008, 19.30 Uhr

Dr. Axel Troost, finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der LINKEN und Geschäftsführer der Memorandum-Gruppe alternativer Wirtschaftswissenschaftler, referiert und diskutiert angesichts von Hartz 4, Kinderarmut und der Ausweitung prekärer Lebens- und Beschäftigungsverhältnisse über Mindestlöhne und neue Wege in der Beschäftigungspolitik.

Die „demografische Zeitbombe“ oder Lügen mit Statistik

Rüsselsheim, Stadthalle/Lassallesaal
23. Januar 2008, 19.30 Uhr

Es spricht: Gerd Bosbach, Professor für Statistik und empirische Wirtschafts- und Sozialforschung an der Fachhochschule Koblenz (Arbeits Schwerpunkte Arbeitsmarkt- und Bevölkerungsstatistik sowie Statistik-Missbrauch) argumentiert engagiert gegen die Legende von der „Demografie-Katastrophe“, die angeblich zum Abbau der Sozialleistungen zwingt. Insbesondere die schleichende Demontage der gesetzlichen Rentenversicherung und die massive Förderung „privater Vorsorge“ sind für Professor Bosbach ein politisch gewolltes Programm zum Nutzen von Versicherungswirtschaft und Arbeitgebern.

Links wählen - was sonst?

Protest gegen Sozialabbau ist notwendig - überall.

Gegen Gebührenerhöhungen auf allen Ebenen.

**Rente mit 67?
Ein Denkmittel ist angebracht.**

Damit sich eine andere Politik durchsetzt.

Niemals umfallen - konsequent gegen den Ausbau des Flughafens.

Für fahrradfreundliche Städte und Gemeinden.

Gegen die Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Bildung ist Menschenrecht.

Demokratie braucht Opposition.

Deshalb am 27. Januar:

DIE LINKE.

Nicht mehr alles gefallen lassen.

Die Linke wählen!

Bei der Landtagswahl am 27. Januar 2008

DIE LINKE.

DIE LINKE. wählen!

Viele Jahre war es oft so: Leute, die sich zu den Linken zählen, aktive Gewerkschafter und sozial engagierte Menschen wählten die Sozialdemokraten.

Wenn diesmal gefragt wird, wen soll man wählen? Kann man ruhig sagen: „Die Linke!“

Die SPD ist für Arbeiter und Angestellte und die vielen Arbeitslosen eigentlich seit Schröder und den Hartz-Gesetzen nicht mehr wählbar. Wer hätte es je gedacht, SPD-Münzfering setzte sogar die Rente ab 67 durch. Vielen SPD-Leuten stinkt das gewaltig. Aber da gibt es die langjährig eingeebte Parteiloyalität - sie bleiben ruhig. Wach werden sie nur dann, wenn links - auch bei Wahlen - eine neue Kraft wächst.

Die CDU ist und bleibt eine kapitalorientierte, konservative Partei, auch wenn sie mit der SPD in der „Großen Koalition“ ist. Eigentlich dürfte sie keine Stimme aus einer Arbeiterfamilie erhalten.

Die FDP ist und bleibt im Kreis und auf den oberen Ebenen die „Partei der Besserverdienenden“.

Die Grünen? Vor Ort zwar oft Bündnispartner, haben den ganzen „Hartzer-Käse“, aber auch den völkerrechtswidrigen Jugoslawienkrieg mitverantworten. Grün war mal für viele die Hoffnung. Aus - vorbei.

Alle, die wirklich eine andere Politik wollten, haben in den Bundestag die „Linken“ gewählt. Das hat viel verändert.

Nun ist es wichtig, dass auch in den Landesparlamenten „Die Linke“ einzieht.

Der Protest gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau muß auch ins Landesparlament. Deshalb in jedem Fall am 27. Januar 2008 „Die Linke“ wählen.



Marianne Flörsheimer, Rüsselsheim
Kreistagsabgeordnete der „Die Linke /Offene Liste“
Kandidatin zur Landtagswahl 2008 im Wahlkreis 47

„Unsicherheit, Angst um die Zukunft, Armut, Krieg und Gewalt bestimmen in weiten Teilen der Welt die Gegenwart, immer mehr allerdings auch bei uns. Die neoliberalen Glücksversprechungen von allgemeinem Wohlstand, Demokratie und Frieden, sofern man nur dem Wettbewerb und dem „freien Markt“ das Feld überläßt, haben sich als haltlos erwiesen. Trotzdem geht es weiter mit verstärktem Sozialabbau und der Unterordnung immer weiterer gesellschaftlicher Bereiche wie bspw. Gesundheit und Bildung unter das Profitprinzip - denn nichts anderes bedeutet „Privatisierung“.

In Folge der hohen Arbeitslosigkeit und der Hartz-Gesetze vollzieht sich rasch der Absturz in die Armut und es gibt immer öfter Armut trotz Arbeit. Vor allem Kinder und allein-erziehende Frauen sind Leidtragende dieser Entwicklung. Oft genug werden die betroffenen Menschen von der Politik und den Medien als „Faulenzer“ und „Sozialschmarotzer“ diskreditiert.

„Die Linke“ wendet sich mit Nachdruck dagegen, dass Leidtragende zu Schuldigen gemacht werden.“

7 Punkte für soziale Gerechtigkeit in Hessen

Aus dem Kurzwahlprogramm „Die Linke“

1. Wir schlagen ein Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« vor. Damit möchten wir 25.000 Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und Kitas, Schulen und Hochschulen ausbauen. Wir wollen den öffentlichen Nahverkehr stärken und gegen Armut, insbesondere gegen Kinderarmut, vorgehen. Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von 8 Euro, ein hessisches Tariftreuegesetz und die Umwandlung aller 1-Euro-Jobs in reguläre Arbeitsverhältnisse. Damit, wer arbeitet, von seiner Arbeit leben kann. ...

2. Wir fordern mehr soziale Gerechtigkeit in ganz Deutschland. Wir machen Druck auf die Große Koalition in Berlin. Dieser Druck wirkt. Das zeigen die Debatten in der SPD zu Mindestlohn und Arbeitslosengeld. Darum fordern wir die Rücknahme der Agenda 2010 sowie der Rente mit 67. Hartz IV muss weg! Wir brauchen Regelungen, die ein würdevolles Leben, auch im Alter, ermöglichen! ...

3. Wir engagieren uns für Chancengleichheit in der Bildung: Wir wollen die Gemeinschaftsschule, in der alle Kinder bis zur 10. Klasse gemeinsam lernen und viele von ihnen danach das Abitur ablegen und studieren können. Wir sind gegen Studiengebühren. Denn Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Die Qualität des Unterrichts muss verbessert, Berufsschulen ausgebaut und Weiterbildung gesetzlich gefördert werden. Kochs Programm „Unterricht von Laienlehrern“ lehnen wir ab. Auch unter Dreijährige müssen einen bezahlbaren Platz in Kindertagesstätten haben. ...

4. Öffentlich muss bleiben, was wichtig für alle ist. Wir sind gegen die Privatisierung öffentlicher Unternehmen und Einrichtungen. ... Wir vertreten eine ökologische Politik, die nicht nur Besserverdienern nützt: der öffentliche Nahverkehr soll ausgebaut, die energetische Gebäudesanierung gefördert und regenerative Energien verstärkt eingesetzt werden. Biblis A muss sofort stillgelegt und das

Kohlekraftwerk Staudinger verhindert werden. Den Flughafen ausbauen in Frankfurt und in Kassel-Calden lehnen wir aus ökologischen wie gesundheitlichen Gründen ab. Wir sind gegen Gentechnik in der Landwirtschaft und für ökologischen Landbau und nachhaltige Forstwirtschaft.

5. Wir setzen auf mehr Demokratie und direkte Bürgerbeteiligung: Bürgerbegehren und Volksentscheide sollen gesetzlich erleichtert und die kommunale Selbstverwaltung gestärkt werden. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist uns sehr wichtig. Auch deshalb fordern wir bedarfsdeckende Ganztageseinrichtungen für Kinder. ... Wir brauchen gleiche Rechte für Menschen mit Migrationshintergrund und wenden uns gegen Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen oder aufgrund ihrer Lebensweise bzw. sexuellen Identität. Entschieden kämpfen wir gegen Rassismus, Neofaschismus und Antisemitismus.

6. Wir wollen eine friedliche, wirtschaftlich und sozial gerechte Entwicklung in Europa und der Welt. Damit auch Hessen lebenswert und friedlich bleibt. Wir treten für eine Friedenserziehung an Schulen ein, für Toleranz und Akzeptanz gegenüber allen Menschen unabhängig von ihrer religiösen und ethnischen Herkunft. Deutsche Soldaten haben im Ausland nichts verloren. Wir kämpfen mit der Friedensbewegung gegen die zunehmende Militarisierung deutscher Außenpolitik. Hessische Flughäfen dürfen nicht für Militäreinsätze missbraucht werden!

7. Unsere Vorschläge sind finanzierbar. Bereits jetzt sind die Haushaltseinnahmen höher, als die hessische Regierung erwartet hatte. Wir werden zudem den Haushalt umschichten. Unser Aktionsprogramm »Für Arbeit und soziale Gerechtigkeit« trägt sich durch Mehreinnahmen an Steuern und Sozialabgaben teilweise selbst. Sparen auf Kosten der Bevölkerung lehnen wir ab. Konzerne, Reiche und Spitzenverdiener wollen wir wieder zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben heranziehen. Darum fordern wir Bundesratsinitiativen zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschafts- und Unternehmenssteuern und zur Erhöhung der Spitzensteuersätze.